

Niederschrift
über die 29. Sitzung des VIII. Beirates für Menschen mit Behinderung
am Freitag, 24.02.2012, 15.00 Uhr,
in den Räumlichkeiten der Stiftung Drachensee (cafehofKiel),
Hamburger Chaussee 334, 24113 Kiel

Beginn: 15.05 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung durch die Vorsitzende und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kiel begrüßt alle Anwesenden.

Für ein an der Sitzung nicht teilnehmendes Mitglied aus den Selbsthilfeorganisationen und Vereinen mit Sitz im Gebiet der Landeshauptstadt Kiel wird Frau Hoffmann im Rahmen des Rotationsprinzips für die heutige Sitzung als stimmberechtigt festgestellt.

TOP 2

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 3

Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.12.2011

Die Niederschrift wird genehmigt.

TOP 4

Zwischennutzung und Nachnutzung der Lessinghalle

Berichterstatter: Herr Simon Kühl (Muthesius Kunsthochschule)

Herr Kühl berichtet, dass das Lessingbad von 1936 bis 2008 von der Landeshauptstadt Kiel betrieben wurde, im Anschluss stellte sich die Frage, wie das denkmalgeschützte Gebäude in Zukunft für die Stadt möglichst kostenneutral genutzt werden soll.

Im Jahr 2009 wurden von der Muthesius Kunsthochschule im Gespräch mit der Landeshauptstadt Kiel Ideen zur Zwischennutzung im Rahmen eines „articulum“ entwickelt. Hierfür wurde eine befristete Nutzungsänderung ab Oktober 2010 genehmigt, obwohl kein barrierefreier Zugang und keine barrierefreie Nutzung der Lessinghalle geschaffen wurden. Herr Kühl übernahm im Auftrag der Muthesius Kunsthochschule die Leitung für die Zwischennutzung, in die Räume des Lessingbades zogen ein Existenzgründungsbüro, eine Kindertagesstätte und ein Cafe ein, im Nichtschwimmerbecken wurde ein Eventbereich eingerichtet. Die Zwischennutzung endet im Juli 2012. Sobald die Zwischennutzung in die Nachnutzung überführt wird, werden eine energetische Sanierung und ein barrierefreier Umbau notwendig.

Die Kosten hierfür schätzt Herr Kühl auf ca. 3 Millionen Euro, die Umbaumaßnahmen wird der neue Träger übernehmen müssen. Über die weitere Nutzung entscheidet die Ratsversammlung.

Beschluss: Der Beirat für Menschen mit Behinderung setzt sich für eine weitere Nutzung der Lessinghalle ein. Bei der Nachnutzung durch die Stadt oder einen anderen Träger ist auf die Barrierefreiheit nach den entsprechenden DIN Normen zu achten. Der Beirat für Menschen mit Behinderung ist rechtzeitig in die Planungen einzubeziehen und wird seine Zustimmung zur weiteren Nutzung von der Voraussetzung der Barrierefreiheit abhängig machen.

TOP 5

Mitteilungen der Vorsitzenden

Am 20.12.2011 hat im Cafehof ein Gespräch zwischen Frau Kiel, Herrn Teske und Herrn Scheelje sowie weiteren Mitgliedern des Beirats zur problematischen Situation Lessingbad und Ansharpark stattgefunden. Resultat dieses Gespräches war, dass Herr Scheelje ein Treffen mit Herrn Bürgermeister Todeskino organisiert hat, das am 28.02.2012 stattfinden wird und zu dem Frau Kiel, Herr Scheelje und Herr Piehl eingeladen sind. Frau Kiel erbittet Themenvorschläge für dieses Gespräch. Es werden genannt: Lessingbad, Atelierhaus und Kesselhaus im Ansharpark, weitere Nutzung des Haß-Speichers, barrierefreie Gestaltung der Fröbelschule mit Turnhalle.

Statt weiterer Gespräche im kleinen Kreis (Herr Bürgermeister Todeskino, Frau Kiel) schlagen die Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung eine turnusmäßige Teilnahme (2-3-mal jährlich) von Herrn Bürgermeister Todeskino an den Sitzungen des Beirates vor.

Zur Kenntnis genommen.

TOP 6

Arbeitsgruppen des Beirates

a) Grundsätzliche Informationen zur Organisation und zu den Inhalten der Arbeitsgruppen

Frau Kiel weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppen eine wichtige Funktion innehaben, sie bearbeiten relevante Themen und bereiten diese so vor, dass der Beirat eine Grundlage für seine Entscheidungen / Beschlüsse hat. In den Arbeitsgruppen selbst werden aber **keine** Entscheidungen getroffen.

b) Berichte und gegebenenfalls Beschlüsse hierzu

➤ Barrierefreiheit bei Veranstaltungen, auf Wegen und Plätzen

Die Arbeitsgruppe hat am 20.01. und am 17.02.2012 getagt.

Themen waren unter anderem die Rampe im Sport- und Begegnungspark, der barrierefreie Zugang zum Steg im Hafen Schilksee und der barrierefreie Zugang zur Kunsthalle. Es wurde eine To-Do-Liste erstellt. Bei den Umbaumaßnahmen an der Reventloubücke werden die flexiblen Wasserstände berücksichtigt, fraglich ist noch ob es DIN Normen für die Ausstiegshöhe gibt.

Das Tiefbauamt hat die Umbaumaßnahme zur Verkehrsberuhigung zwischen Prüne und Adelheidstraße vorgestellt, unter anderem ist eine Absenkung der Bordsteinkante geplant. Vom Beirat war jedoch ein Zuschuss zum Ausbau eines barrierefreien Zugangs (auch für Menschen mit Sehbeeinträchtigung) zwischen den Gesundheitszentren genehmigt.

Für die jetzt neu vorgestellte Umbaumaßnahme Prüne / Adelheidstraße wird vom Tiefbauamt ein Zuschuss aus dem Haushalt des Beirates angefragt.

Beschluss: mit einer Enthaltung abgelehnt

Bei den geplanten Umbauten im Sophienhof werden die Wünsche des Beirates berücksichtigt. Konkrete Planungen, auch das neue Lichtkonzept, werden bei einem Ortstermin vorgestellt.

➤ Barrierefreiheit im ÖPNV

Herr Bornhöft berichtet über die Sitzung am 19.01.2012.

Angesprochen wurde die Kündigung des Not- und Fahrdienstes durch die Vineta Verkehrsgesellschaft mbH. Ein weiteres Thema waren die anhaltenden Schwierigkeiten für mobilitätseingeschränkte Menschen in den Bussen der KVG. Zur Klärung dieser Probleme wird Herr Bornhöft einen Termin am 27.02.2012 mit Herrn Mau (Werkstattleiter der KVG) wahr nehmen.

Das Thema Umbau der Fähranleger und neue Landgangsbretter wird bei konkreten Planungen erneut angesprochen.

➤ **Barrierefreiheit in den Köpfen**

Die AG Barrierefreiheit in den Köpfen wird im März tagen.

➤ **Barrierefreiheit in der Verwaltungsarbeit**

Die AG hat am 17. Januar und am 20. Februar getagt. Themen waren die Neuorganisation des Not- und Fahrdienstes und die Überarbeitung der Satzung des Beirates.

Die Satzung, in einer Gegenüberstellung alt und neu, liegt allen Mitgliedern des Beirates vor. Frau Kiel bittet die Mitglieder bei eventuellen Einwänden diese innerhalb von 14 Tagen (bis zum 14.03.2012) in der „Leitstelle für Menschen mit Behinderung“ bekannt zu geben, anschließend wird die Satzung in der vorliegenden Form auf den weiteren Verwaltungsweg gebracht.

Frau Kiel berichtet, dass aufgrund der Kündigung des Not- und Fahrdienstes durch die Vineta Verkehrsgesellschaft mbH zum 31. Oktober 2012 eine Neuorganisation notwendig geworden ist. Erreicht werden soll eine möglichst individuelle Möglichkeit der Nutzung des Fahrdienstes. In Abstimmung der AG mit der Verwaltung wurde an alle Nutzerinnen und Nutzer ein Fragebogen zu den Fahrgewohnheiten und den zukünftigen Fahrtenwünschen versandt. Die Resultate aus dieser Befragung erläutert Herr Bornhalm, Amtsleiter des Amtes für Familie und Soziales. Es wurden 198 Berechnete angeschrieben, davon haben 177 Personen den Fragebogen beantwortet mit dem Ergebnis, dass 151 Menschen den Not- und Fahrdienst nutzen und auch weiter nutzen möchten. Etwa 44% der Befragten können mit dem Taxi fahren, 38% sind auf Fahrten mit dem Spezialfahrzeug angewiesen, die restlichen 18 % nutzen Taxi und Spezialfahrzeug je nach Gesundheitszustand. 46% der Befragten benötigen 1-4 Fahrten monatlich, 54% würden den Fahrdienst gerne 5-8-mal monatlich in Anspruch nehmen.

Vor dem Hintergrund der ermittelten zukünftigen Kosten ist bei einem monatlichen Budget von 6.660 € rein rechnerisch die Finanzierung von bis zu 4 Fahrten monatlich möglich. Bei der Befragung wurde jedoch deutlich, dass über 50% der Nutzerinnen und Nutzer den Fahrdienst wesentlich häufiger in Anspruch nehmen möchten (5-8-mal monatlich und mehr). Aber schon wenn alle Nutzerinnen und Nutzer die vier Fahrten monatlich ausschöpfen würden, würde dies Kosten in Höhe von über 100.000,00 Euro verursachen, (dem gegenüber stehen Haushaltsmittel von 80.000 Euro jährlich). Dies ist jedoch insofern nicht anzunehmen, da 34 Personen angegeben haben nur 1-2-mal monatlich den Fahrdienst zu benötigen.

Herr Bornhalm schlägt vor, den Not- und Fahrdienst auf ein Gutscheinsystem umzustellen, so dass die Abhängigkeit von einem Anbieter wegfallen würde. Es werden von der Verwaltung alle Taxiunternehmen in Kiel eingebunden, die Nutzerinnen und Nutzer hätten so die Möglichkeit der freien Wahl. Weiterhin wird vorgeschlagen die Anzahl der Fahrten auf vier Fahrten monatlich zu beschränken und die Zuzahlung zur einzelnen Fahrt auf 2 Euro (bisher 1 Euro) zu erhöhen. Nach einer Testphase wird eine Neuberechnung stattfinden. Nicht genutzte Gutscheine kommen den Nutzerinnen / Nutzern in den Folgequartalen zugute.

In der anschließenden Diskussion wird betont, dass die Leistung des Not- und Fahrdienstes für Menschen mit einer außergewöhnlichen Gehbehinderung als Ausgleich / Ersatz für die nicht mögliche Nutzung des ÖPNV eingerichtet wurde und beibehalten werden muss. Auch im Leitbild und der örtlichen Teilhabeplanung der Landeshauptstadt Kiel ist festgeschrieben, dass der Not- und Fahrdienst als adäquate Leistung vorgehalten werden soll, solange Menschen mit einer außergewöhnlichen Gehbehinderung den ÖPNV nicht im notwendigen Umfang nutzen können. Leistungseinschränkungen sollten möglichst vermieden werden, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung muss gewährleistet bleiben.

Beschluss: Ein Schreiben mit folgenden Inhalten wird an den Oberbürgermeister, die Vorsitzenden der Ratsfraktionen den Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit und den Kulturausschuss weitergeleitet: Der Beirat für Menschen mit Behinderung nimmt den vorgeschlagenen Weg der Verwaltung zur Kenntnis. Er erwartet aber eine Weiterführung des Not- und Fahrdienstes möglichst im bisherigen Umfang als wichtigen Beitrag zur Teilhabe und regt deshalb eine angemessene Erhöhung des Budgets für die Ausführung des Not- und Fahrdienstes an.

➤ **Barrierefreiheit in Gebäuden**

Die AG hat am 11.01. und am 08.02.2012 getagt. Eine To-Do-Liste wurde erstellt. Zu Fragen der barrierefreien Gestaltung des Eingangsbereiches des Matrix Gebäudes wird es einen Ortstermin geben. Im Bereich der Landesbibliothek ist das Kopfsteinpflaster bisher nicht aufgefüllt worden. Frau Kiel wird gebeten, Erkundigungen einzuziehen was dort geplant ist. Zum geplanten Bauvorhaben Bäckergang werden weitere Erkundigungen eingezogen. Der zweite Bauabschnitt Königsweg / Hummelwiese wird mit den gleichen Barrieren fertiggestellt wie der erste, zur Überwindung der Höhenunterschiede wird ein Plattformlifter eingebaut. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Wendekreis davor ausreichend Platz bieten muss.

Frau Hoffmann berichtet, dass während ihrer Behandlung bei einem Facharzt im Sophienhof (3. Etage) der Fahrstuhl ausfiel. Als besonders unangemessen wurde das kränkende Verhalten der Ärzte in dieser Situation angesehen. Frau Kiel verspricht Unterstützung bei der Formulierung eines Schreibens bezüglich des Vorfalles zur Weiterleitung an die zuständigen Stellen.

➤ **Umsetzung des Leitbildes und Teilhabepplans der Landeshauptstadt Kiel**

Die AG hat am 09.02.2012 getagt. Frau Dr. Marxen-Drewes hat den Mitgliedern der AG die Kriterien für eine Aktualisierung der „Grünen Wege“ insbesondere hinsichtlich der Beurteilung der Barrierefreiheit erklärt. Siehe auch Nummer 2 der Maßnahmenliste zur Umsetzung des Leitbildes. Die Maßnahmenliste liegt den Mitgliedern des Beirates vor. Frau Körtge erläutert die einzelnen Maßnahmen. Zu Nummer 10 berichtet Frau Witte, Abteilungsleiterin Eingliederungshilfen, dass die eingeplanten 10.000 € für das Herstellen von Faltblättern / Flyern zur Kontaktaufnahme zu den Budgetnehmerinnen und Budgetnehmern gedacht sind, die konkreten Kosten werden wahrscheinlich geringer ausfallen. Es wird gebeten den Mitgliedern des Beirates die ursprüngliche Liste, aus der die genannten Maßnahmen ausgewählt wurden, vorzustellen oder zur Verfügung zu stellen.

Beschluss: Der Beirat beschließt einstimmig, dass die Punkte 1), 3), 4), 5), 6), 7), 8), 9) voll, Punkt 10) im reduzierten Umfang, umgesetzt werden können. Zu den Punkten 2), 11) und 12) werden weitere Informationen benötigt.

TOP 7

Mitteilungen der Verwaltung

Begleitservice der Deutschen Angestellten Akademie (DAA): Der Begleitservice ist bis zum 31.12.2012 verlängert.

TOP 8

Verschiedenes

- a) Frau Kiel konnte aufgrund einer Erkrankung leider nicht am Karneval für Menschen mit Behinderung teilnehmen.
- b) Frau Hinrichs kümmert sich um eine bessere Rampenlösung für die Erreichbarkeit der Zelte während des Kieler Umschlags.
- c) Herr Völker schlägt vor, die Sitzungen des Beirates ab dem Jahr 2013 in das Neue Rathaus, Zimmer 604, zu verlegen. Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, ob der Raum freitags zur Verfügung steht, ob die Größe angemessen ist und wie die Parkplatzsituation einzuschätzen ist.
- d) Frau Haß hat eine Einladung ins nicht barrierefreie Studio am Dreiecksplatz erhalten, ihre Bemühungen um eine Verlegung der Veranstaltung sind bisher nicht erfolgreich, sie gibt aber nicht auf.
- e) Herr Bornhöft fragt, warum es keinen bundeseinheitlichen Ausweis für Parkerleichterungen gibt. Frau Kiel wird sich informieren.

gez. Helga Kiel
(Vorsitzende)

gez. Anja Schöler
(Geschäftsführerin)